

400 Jahre Union und Liga – Weichenstellung zum Religionskrieg?

Veranstalter: Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e.V.; Württembergischer Geschichts- und Altertumsverein e.V.

Datum, Ort: 30.05.2008, Heidelberg

Bericht von: Uwe Sibeth, Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg

Wurden mit der Gründung der protestantischen Union 1608 und der katholischen Liga 1609 die Weichen für den zehn Jahre später ausbrechenden Dreißigjährigen Krieg gestellt? War die Entwicklung zum Krieg alternativlos, welchen Stellenwert besaß der konfessionelle Faktor in den internen Verhältnissen von Union und Liga und welche Bedeutung kam anderen, etwa reichspolitischen, Momenten zu – Fragen, die die Tagung einer Klärung näher bringen wollte. Außerdem sollte es um Perception und kulturelle Verarbeitung des Geschehens in Literatur und Ikonographie gehen. Die Dokumentation der Vorträge erfolgt im Wesentlichen anhand der von den Referenten dankenswerterweise zur Verfügung gestellten Abstracts. Eine Publikation der Referate in einem Sammelband ist geplant.

In seiner Begrüßung betonte der Sekretar der Historisch-philosophischen Klasse der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, GERD THEIßEN, dass das Thema eine über den konkreten Gegenstand „Union und Liga“ weit hinausgehende Dimension aufweise: Immer wieder könne man beobachten, dass Fragen der Religion zu großen Konflikten „entgleisten“, dass kleine und zunächst nur kleinräumig bedeutsame Ereignisse ein ungeheures Konfliktpotential zu entfalten vermögen – sei es die Exekution gegen Donauwörth, seien es etwa die Oranierumzüge in Nordirland oder als Provokation empfundene Tempelbergbesuche. Die im Untertitel formulierte Frage sichere dem Thema zu Recht Aufmerksamkeit. Der Vorsitzende der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, ANTON SCHINDLING (Tübingen), bedankte sich auch namens der Mitveranstalter bei Herrn Theißen und bei der Akademie für die Gastfreundschaft. Da in beiden Sonderbünden Reichsstände maßgeblich beteiligt gewesen seien, die im heutigen Gebiet des Landes Baden-Württemberg lagen, sei die Tagung in der Landesakademie am richtigen Ort.

In seinem Überblicksreferat griff GEORG SCHMIDT (Jena) die Frage der Zwangsläufigkeit bzw. die These vom 40-jährigen Krieg auf: Damit verbunden sei auch die Frage, ob Union und Liga als Symptome eines Konfessionsfundamentalismus oder eher als Versuche einer Landfriedenseinigung zur Stabilisierung des Reiches zu sehen seien. Er vertrat die These, die Union sei ein Kampfbündnis für das Reich deutscher Nation gewesen. Die entscheidenden Fragen seien, warum zu Beginn des 17. Jahrhunderts die Konflikte in Deutschland eskalierten, obwohl sich dieses trotz des fundamentalen Religionsdissenses und kleinerer innerer Kriege als politische Einheit zu verstehen gelernt hatte, ferner, warum nun das Aushandeln einer pragmatisch-vermittelnden Reichspolitik in den dafür vorgesehenen Arenen Kaiserhof, Reichstag und Reichsgerichte scheiterte. Mit markanten Strichen skizzierte er die Lage in den von blutigen Kriegen gezeichneten Niederlanden und in Frankreich wie auch im Ostseeraum, und betonte, dass der Waffenstillstand von Zsitva-Torok (1606) für die nächsten Jahrzehnte jenen äußeren Druck beseitigte, der die Reichsstände zuvor zur Einigung genötigt hatte. Mit Blick auf die Politik des kaisertreuen Sachsens einerseits, auf das Einbußen reichsständischer Mitregentschaft fürchtende Bayern andererseits verwies er auf andere Konfliktlinien, die gleichsam quer zu den konfessionellen Gegensätzen standen. Etliche Fürsten hätten sich bemüht, das sprengende Potential der Glaubensfrage zu entschärfen und eine Ordnung des Reichs auf konfessionell pluraler Grundlage zu erhalten. In vielen Flugschriften artikulierten sich zwar die von beiden Seiten verbreiteten Feindbilder, in anderen fälle aber auch das Werben mit überkonfessionellen Werten wie dem „Amor patriae“ auf. Deutlich akzentuierte Schmidt ferner die strukturelle Benachteiligung der Protestanten in der Reichsverfassung. Da nach 1606 von katholischer Seite dieses Übergewicht immer offensiver ausgespielt worden sei, hätten sich die Protestanten durchaus zu Recht bedroht gefühlt. Im Vertrag von Auhausen, dem Gründungsdokument der Union, sei aber weder vom Religionsfrieden noch von der Verteidigung der Religion die Rede, wohl aber von der Sorge ums Vaterland und der Bewahrung des Landfriedens. Die Union sei mithin kein Kampfbündnis gewesen mit dem Ziel, Krieg zu führen, sondern ihre Gründung sei als Signal zu verstehen, sei ein Versuch gewesen, die andere Seite auf den Kompositionsweg zu drän-

gen, wie er 1648 mit der *amicabilis compositio* in die Reichsverfassung Eingang fand. Unter Hinweis auf den reichspublizistischen Streit zwischen Hermann Vulteius (Marburg) und Gottfried Antonius (Gießen) in den Jahren 1606 bis 1608, ob das Reich eine monarchische oder eine aristokratische Regierungsform habe, sah Schmidt in der Union einen Versuch, die Staatsräson des Reiches und die Freiheit der Nation gegen ein absolutes Dominat der Habsburger notfalls in einem deutschen Bürgerkrieg zu verteidigen, um die Reichsverfassung funktionsfähig zu halten.

Das zweite Referat von AXEL GOTTHARD (Erlangen) stellte die Frage in den Mittelpunkt, ob die Union ein Konfessionsbündnis war und ob sie sich als Kriegsallianz verstand. Diesen Leitfragen ging er aus der Sicht jener Unionsfürsten nach, deren politischer Horizont weiter gesteckt war als der der meisten reichsstädtischen Magistrate und die doch keiner so konfrontationsbereiten Außenpolitik wie insbesondere der Heidelberger Kurhof das Wort redeten. Unter diesen sei Johann Friedrich von Württemberg der aktivste gewesen – und auch die treibende Kraft bei der Gründung der Union. Diese sei insofern ein Kriegs- und Konfessionsbündnis gewesen, als sich ihr Dasein akuter Furcht vor militärischen Übergriffen und vor dem Verlust konfessioneller Besitzstände verdankt habe. Da das politische System des Reichs in Stuttgart als nicht mehr handlungsfähig angesehen wurde, sei das Interesse an einem konfessionellen Schutzbündnis als subsidiärem Instrument gestiegen. In Dresden sei die Lage hingegen als weniger bedrohlich eingeschätzt worden. Daraus erkläre sich das Fernbleiben Kursachsens. Betont wurden die inneren Widersprüche innerhalb der Union, die zwischen Calvinisten und Lutheranern ebenso bestanden wie zwischen Reichsfürsten und Reichsstädten, wie auch eine unterschiedlich starke Konfrontationsbereitschaft: Am Einfall von Unionstruppen im Elsass 1610 seien nur vier Unionsfürsten beteiligt und eingeweiht gewesen, die anderen Mitglieder seien lediglich nachträglich informiert worden. Die latente Vertrauenskrise sei danach zu einer manifesten Dauerbelastung der Union geworden. Markierte Herzog Johann Friedrich von Württemberg auf der Skala der von der Union zusammengespannten Denk- und Politikstile etwa die Mitte, so habe sich Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach hingegen in der Spätphase des Bündnisses kurpfälzischen Positionen angenähert. Die Gemeinsamkeiten in der Uni-

on beschränkten sich aufs Negative. Auch die Heidelberger Aktivisten hätten primär ihre Partikularinteressen vertreten, insofern sei das Scheitern der Union nicht überraschend.

In der Diskussion wurden zunächst unterschiedliche Akzentsetzungen konstatiert: Bei Gotthard sei es vor allem um Fürstenlibertät und Glaubensfreiheit gegangen, Schmidt hätte hingegen die politische Seite in den Vordergrund gerückt und dabei nahegelegt, dass die Protestanten *sub specie aeternitatis* im Recht gewesen seien. Auch die Schilderung der äußeren Lage fand unter Hinweis auf den Frieden in Frankreich, den Waffenstillstand in den Niederlanden und der Ruhe in Italien und im Südosten Widerspruch. Womöglich habe gerade diese vergleichsweise friedliche Situation die Aktivisten ermutigt, „frecher“ zu werden? Diesem Eindruck widersprach Schmidt, da Frankreich allenfalls oberflächlich pazifistisch gewesen sei und spanische Übergriffe in Aachen und am Niederrhein ebenso für Besorgnis gesorgt hätten, wie die im habsburgischen Bruderzwist angeworbenen und in Böhmen stehenden Truppen, die ebenso gut gegen die Oberpfalz hätten eingesetzt werden können. Insofern halte er an der Diagnose einer ausgeprägten Unsicherheit fest, die auch in der Publizistik der Zeit zu greifen sei. Der minimale Dissens hinsichtlich der Charakterisierung der Union wurde darauf zurückgeführt, dass für Schmidt die Union schlicht weder genügend Truppen noch ausreichend Geld in der Kasse hatte; für Gotthard hingegen die auswärtigen Alliierten (Heinrich IV., Jakob I., Generalstaaten), mit denen sich allerdings unrealistische Hoffnungen verbanden, schwerer wogen. Ein weiterer Diskussionspunkt war die unterschiedliche Politik Württembergs und Baden-Durlachs. Im Falle Baden-Durlachs sah Gotthard eine „Flucht nach vorn“, da es diesem um die Sicherung der Oberbadischen Okkupation gegangen sei. Württemberg hätte hingegen keine Kriegsziele und im Konfliktfall eher Verluste zu befürchten gehabt.

Die nachmittägliche Sitzung galt zunächst der katholischen Seite: Unter der Überschrift „Defension – Integration – Emanzipation? Die Ligapolitik der geistlichen Reichsstände Schwabens“ arbeitete THOMAS HÖLZ (Stuttgart) heraus, dass an der Gründung der katholischen Liga 1609 die Fürstbischöfe von Konstanz und Augsburg maßgeblich Anteil hatten, auf deren Vermittlung auch die anderen geistlichen Stände des Schwäbischen Kreises dem Bündnis beitraten. Insbesondere der durch

die Konfessionalisierung geschwächte Reichskreis sollte aber nicht durch verfassungsfremde Elemente ersetzt werden. Die Liga habe den Schwaben vielmehr als subsidiäres Instrument der Friedenssicherung gegolten. Allerdings sei das erste Jahrzehnt der Liga keineswegs sonderlich erfolgreich gewesen. Die inneren Widersprüche seien so gravierend gewesen, dass Bayern die Liga bereits vier Jahre nach ihrer Gründung wieder verlassen wollte und im siebenten auch ausgetreten sei. Erst 1619 sei gleichsam eine neue Liga geschaffen worden, die dann in den 1620er Jahren sehr erfolgreich agiert hätte. Diese Erfolgsgeschichte dürfe aber nicht auf das problematische erste Jahrzehnt rückprojiziert werden. Aus der Sicht der schwäbischen Reichsprälaten sei der bereits angesprochene Einfall der Unionstruppen im Hochstift Straßburg (1610) ein Warnsignal gewesen. Da Maximilian von Bayern aber die ihm zugedachte Rolle eines streitbaren Achills im Dienste der Prälaten nicht erfüllt habe, hätten sich diese bemüht, Habsburg stärker einzubinden, und sich mehr und mehr von Bayern emanzipiert. Der weitgehend lahmgelegte Schwäbische Reichskreis sei 1616 gleichsam reaktiviert worden und habe sich mit der funktionierenden Kreisdefension gegen die Soldateska der ersten Kriegsphase ab 1622 bewährt. Die innere Bündnispolitik sei dagegen zugleich zu einer Bewährungsprobe ständischer Emanzipation gegenüber den katholischen Vormächten Wittelsbach und Habsburg geworden, die sich der Liga gern zugunsten dynastischer Interessen bedienten. Darauf hätten die schwäbischen Prälaten mit einer Konfliktbereitschaft und Verweigerungshaltung reagiert, deren Intensität jedoch von der je aktuellen militärischen Gefährdungslage abhängig blieb.

Mit den Friktionen zwischen den Vormächten der Liga befasste sich das Referat von FRANZ BRENDLE (Tübingen). Als Mitdirektor und als Vorsitzender der rheinischen Stände der Katholischen Liga habe der Mainzer Kurfürst eine zentrale Rolle im katholischen Kriegsbündnis gespielt. Das Mainzer Direktorium sei das Ergebnis des Widerstandes der geistlichen Kurfürsten gegen die bayerische Dominanz gewesen, wenngleich die militärische Führung im Kriegsfall Maximilian I. verblieb. Dennoch habe dem Mainzer Kurfürsten auch in der Folgezeit viel daran gelegen, die kaisertreuen Kräfte und das Kaiserhaus selbst in die Liga einzubinden und einen Schutz der geistlichen Territorien zu gewährleisten. Während Mainz aber

auf eine Politik des Ausgleichs bedacht gewesen sei, habe Bayern eine effektive Konfessionspolitik im Dienste der eigenen Staatsräson verfolgt. Die zeitweilige Lähmung der Liga sei mit auf diesen mainzisch-bayerischen Gegensatz zurückzuführen und erst unter den Vorzeichen des Krieges 1619 überwunden worden. Der enge Schulterschluss sei noch verstärkt worden, als sich die Ligafürsten der geballten kaiserlichen Macht unter Wallenstein gegenübergesehen und nun auch die Mainzer Erzbischöfe Georg Friedrich Greiffenclau und Anselm Casimir Wambold von Umstadt in ihrer Funktion als Bundesdirektoren nachdrücklich eine eigenständige Ligapolitik unterstützt hätten. Differenzen und Interessensgegensätze seien aber bestehen geblieben und seien 1631 virulent geworden, als Maximilian die Ligatruppen zum Schutz Bayerns in die Winterquartiere beorderte, so dass sich die rheinischen Kurfürsten schutzlos den Schweden ausgeliefert sahen.

Die anschließende Diskussion kreiste vor allem um die Frage der „Gruppenbildung“, die syn- und diachron, gerade auch unter Einbeziehung anderer ligistischer Korporationen (etwa in Frankreich) betrachtet werden sollte, dann konkret um Bundesbildungen im Kontext der Reichsverfassung, wobei offen blieb, inwieweit es sich um Hilfsinstrumente im Falle des Versagens der Reichsinstitutionen oder um Alternativen zur Reichsverfassung handelte. Mehrere Diskutanten betonten, dass Sonderbünde wie der Schwäbische Bund im 15./16. Jahrhundert, der Fürstenbund im 18. Jahrhundert oder auch der (erste) Rheinbund im 17. Jahrhundert keineswegs dazu dienten, die Reichsinstitutionen zu schwächen. Vielmehr seien von ihnen Anstöße zur Weiterentwicklung der Reichsverfassung ausgegangen. Hölz betonte die Analogien in der Organisation von Union und Liga, unterstrich aber auch, dass der Reichskreis von beiden Seiten genutzt wurde. Insofern sah er keinen Gegensatz zwischen Sonderbund (sei es nun Union oder Liga) und Reichsinstitutionen. Dem sehr negativen Eindruck eines Versagens der Reichsinstitutionen widersprach Brendle, der auf zwei erfolgreiche Kaiserwahlen und die Kompositionen Khlesls hinwies. Die Gegensätze zwischen Kurmainz und Bayern konkretisierte er am Beispiel der unterschiedlichen Haltung gegenüber Frankreich: Wambold von Umstadt habe jeglichen französischen Einfluss im Reich abgelehnt, sich damit aber nicht durchsetzen können. Vor diesem Hintergrund sei auch das (von Bayern abgelehnte) main-

zische Bemühen um Ausgleich mit den Protestanten, vor allem mit Kursachsen, zu sehen. Ein dritter Fragenkomplex bezog sich auf die Sicht des Kaisers bzw. des Hauses Habsburg auf die Liga, ob und inwiefern sich diese von der zwischen Konfessionsolidarität und reichsständischer Libertät oszillierenden Haltung der Ligafürsten unterschied. Hierzu wurde festgestellt, dass der Kaiser eine gewisse Skepsis gegenüber solchen Sonderbündnissen gehabt habe, andererseits sei aber das Haus Habsburg von Anfang an mit mehreren Vertretern an der Liga beteiligt gewesen und habe im Zusammenspiel mit Kurmainz den Einfluss Bayerns zeitweilig neutralisieren können.

ARMIN SCHLECHTER (Speyer) kam bei seinen Ausführungen über „Kurfürst Friedrich IV. und seine zeitgenössische Würdigung“ zum überraschenden Ergebnis, dass sich eine solche in den „neuen“ Medien dieser Zeit nicht fassen lässt. Zwar seien die Gründung von Union und Liga wie auch der Tod von Kurfürst Friedrich IV. zeitlich in etwa mit der Entwicklung der Presse in Deutschland zusammengefallen. Zu nennen seien hier die jeweils 1609 erstmals bezugten Organe ‚Straßburger Relation‘ sowie der wohl in Wolfenbüttel erschienene ‚Aviso‘, während Einblattdrucke als Mittel der Propaganda im Vergleich mit der Zeit des Dreißigjährigen Kriegs aber noch eine untergeordnete Rolle spielten. Gleichwohl bleibe der Befund negativ: Die wichtigste Quellengattung zur Person des Kurfürsten seien vielmehr verschiedene Leichenpredigten und Gedenkreden, die unmittelbar nach dessen Tod oder später erschienen seien, wobei besondere Bedeutung die offizielle Leichenpredigt des kurpfälzischen Oberhofpredigers Bartholomaeus Pitiscus zukomme. In dieser werde (neben einer durchaus kritischen charakterlichen Würdigung Friedrichs IV.) versucht, diesen als Streiter für die calvinistische Sache zu überhöhen. Doch auch dies bleibe sehr im Rahmen allgemeiner Topoi.

Unter dem Titel „Grabmal und Bestattung evangelischer Fürstenhäuser um 1600 – ein Überblick“ stellte ANNELIESE SEELIGER-ZEISS (Heidelberg) Veränderungen in der Sepulkalkultur vor. Seit dem letzten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts zeichne sich bei deutschen Fürstenhäusern eine Veränderung der Bestattungsgewohnheiten ab, die sich auf die Formen der Grabdenkmäler und die Gestaltung der fürstlichen Grablagen ausgewirkt habe. Konkret berücksichtigt wurden die Heidelberger Stiftskirche zum Heiligen Geist als Grab-

lege des kurpfälzischen Hauses und Bestattungsort des Administrators Johann Kasimir (gestorben 1592) und des Kurfürsten Friedrich IV. (gestorben 1610) sowie die Stiftskirche in Pforzheim mit dem imposanten Grabdenkmal, das Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach nach 1604 für seine Brüder Jakob und Ernst Friedrich hat errichten lassen. Mit einbezogen wurden auch die Hohenzollerngrablegen Heilsbrunn (Brandenburg-Ansbach) und Bayreuth (Brandenburg-Kulmbach) sowie für Württemberg die Grablagen in Tübingen und Stuttgart. Ein eindeutiger Befund ließ sich freilich nicht erheben. Einerseits begegneten überaus prunkvolle Hochgräber – etwa in Pforzheim oder auch das nicht erhaltene, aber mit über 6.600 fl. rekordverdächtig teure Grabmal für Friedrich IV. in Heidelberg –, andererseits habe sich immer stärker der Trend abgezeichnet, verstorbene Fürsten in einem schlichten, gegebenenfalls holzverkleideten, samtbezogenen Bleisarg in einer ansonsten verschlossenen Gruft beizusetzen – so etwa in Stuttgart und Bayreuth. Diente das für alle sichtbare Hochgrab bislang der Repräsentation von Ansehen und Macht des Fürsten, so sei der verstorbene Fürst nun in der Gruft den Blicken entzogen und die Repräsentationsfunktion anscheinend verlagert worden auf Trauerpomp und Leichenprozess, mithin auf jene Umzüge, die dann oft in Flugschriften dokumentiert wurden. – Abgerundet wurde der Vortrag durch eine Führung von Frau Seeliger-Zeiss zu den Epitaphien der Heidelberger Peterskirche.

In der zuvor mit Rücksicht auf die Führung kurzgehaltenen Schlussdiskussion ging es zum einen um die auffällig nichtssagende Charakterisierung Friedrichs IV. in den Leichenpredigten, zum anderen wurden Überlegungen angestellt, ob sich in dem Übergang vom prunkvollen Hochgrab zur schlichten Gruft nicht auch ein Wandel in der Frömmigkeit niederschlug. Oder fehlten später schlicht die erforderlichen Mittel? Auffällig sei, dass der Adel am älteren Konzept der „Realpräsenz“ des Verstorbenen in der Kirche (von der glatten Grabplatte über halbplastische Epitaphien bis zur barocken Freiplastik) festgehalten habe. Auch in den Niederlanden oder in Frankreich sei dieser Grabmalstypus weiterhin verbreitet gewesen. Allem Anschein nach „versenken“ nur die regierenden Fürstenhäuser mehr und mehr ihre Verstorbenen möglichst unsichtbar in einer Gruft. Eine Erklärung dieses Phänomens steht noch aus, eine Ausweitung der Betrachtung auch auf katholische

Fürstenhäuser wurde angeregt.

Der öffentliche Abendvortrag von ANTON SCHINDLING (Tübingen) rückte die Frage nach den Ursachen des Dreißigjährigen Krieges in den Mittelpunkt. Die konfessionelle Polarisierung im Heiligen Römischen Reich und die Ausbildung konfessioneller Ständegruppierungen habe das Funktionieren der Reichsverfassung auf der Grundlage des Augsburger Religionsfriedens seit der Wende zum 17. Jahrhundert zunehmend belastet. Die Bildung von Union und Liga unter der Führung der beiden miteinander rivalisierenden Linien des Hauses Wittelsbach in Heidelberg und München hätten die Situation verschärft. Kontrovers sei freilich die teleologische Interpretation, dass von der Formierung zweier konfessioneller Lager mehr oder weniger zwangsläufig eine Entwicklung hin zum großen Krieg ausgegangen sei. Einen zielstrebigem „Kriegsplan“ der Pfälzer Calvinisten habe es sicherlich nicht gegeben. Die reichspolitische Opposition der Pfalzgrafen habe aber bereits seit Kurfürst Ottheinrich zum Aufbau konfessioneller Fronten im Reich wesentlich beigetragen. Die protestantische Aktionspartei um die Kurpfalz und die gegenreformatorischen Protagonisten in München und Graz hätten immer mehr eine Situation der Blockade und Infragestellung des Augsburger Religionsfriedens herbeigeführt. Gleichwohl hätten gegenläufige Faktoren den Reichsverband immerhin noch zehn Jahre nach der Gründung von Union und Liga vor einem Krieg bewahrt, zwei erfolgreiche Kaiserwahlen und auch eine zumindest temporäre Lösung des Jülicher Erbstreits ermöglicht. Erst der Aufstand in Böhmen und die böhmische Königswahl habe die sprichwörtliche „Lunte ans Fass“ gelegt. Insofern habe sich der Kriegsausbruch letztendlich aus einer Verkettung von kontingenten Anlässen und von Zufällen ergeben. Wohl erst, als sich Kurfürst Friedrich V. auf das böhmische Abenteuer einließ, sei ein „Point of no return“ erreicht worden. Insofern habe kein zwingender Weg von Auhausen 1608 nach Prag 1618 und dann zur Eroberung Heidelbergs 1622 geführt. Stets seien auch Alternativen im Spiel gewesen. Gleichwohl habe die Rückbindung des Erfahrungshorizonts der maßgeblichen Kurpfälzer Akteure (Anhalt, Camerarius und andere Mitglieder des Oberrats) an die westeuropäische Kriegserfahrung der Heidelberger Politik eine eigentümliche Schärfe, Härte und Konsequenz verliehen. Hierin liege eine unverwechselbare Sonderrolle der Pfalz in diesen Jahrzehnten.

Insgesamt machte die Tagung deutlich, dass der Forschung zur Geschichte von Union und Liga wie überhaupt des letzten Jahrzehnts vor dem großen Krieg noch einige Desiderata aufgegeben sind: Unentschieden blieb etwa die Frage nach dem Einfluss der west- und nordwesteuropäischen Kriegserfahrungen auf die handelnden Akteure ebenso wie die nach der Funktionsfähigkeit des politischen Systems des Reichs im Jahrzehnt nach 1608/09. Als wünschenswert erschienen eine moderne Biographie Christians von Anhalt wie auch weitere Forschungen über die Politik jener Reichsstände, die sich einer konfessionalisierten Lagerbildung entzogen. Deutlich wurde, dass beide Bündnisse die mit ihrem Abschluss verbundenen Erwartungen zunächst bzw. dauerhaft nicht erfüllten, weil sie schon nach kurzer Zeit in eine mehr oder weniger ausgeprägte Dauerkrise gerieten. Die im Untertitel des Symposiums akzentuierte Leitfrage „Weichenstellung zum Religionskrieg?“ wurde zwar nicht explizit bejaht oder verneint, implizit wurde aber doch deutlich, dass angesichts der Spannungen und überaus disparaten Interessenlagen innerhalb beider Sonderbünde weder von der Gründung der Union 1608 noch von der der Liga 1609 eine so zwingende Dynamik ausging, dass der Weg in den Krieg ohne Alternative gewesen wäre.

Konferenzübersicht:

Georg Schmidt, Jena: Die Situation im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation um 1608/09

Axel Gotthard, Erlangen: Das Herzogtum Württemberg und die Markgrafschaft Baden-Durlach in der Union

Thomas Hölz, Stuttgart: Defension – Integration – Emanzipation? Die Ligapolitik der geistlichen Reichsstände Schwabens

Franz Brendle, Tübingen: Das Herzogtum Bayern, Kurmainz und die Liga

Armin Schlechter, Speyer: Kurfürst Friedrich IV. und seine zeitgenössische Würdigung

Anneliese Seeliger-Zeiss, Heidelberg: Grabmal und Bestattung evangelischer Fürstenhäuser um 1600 – ein Überblick

Anton Schindling, Tübingen: Gab es eine Kurpfälzer Kriegsschuld?

Die Pfalzgrafen bei Rhein und die protestantische Union 1608 bis 1622

Tagungsbericht *400 Jahre Union und Liga – Weichenstellung zum Religionskrieg?* 30.05.2008,

Heidelberg. In: H-Soz-u-Kult 12.07.2008.